

Museumspolitische Ziele

Schwerpunktsetzungen auf Basis der museumspolitischen Initiative

Auf Basis der Erkenntnisse aus den Diskussionen der museumspolitischen Initiative werden in diesem kulturpolitischen Grundsatzpapier Zielsetzungen, Handlungsfelder und konkrete Maßnahmen formuliert. Ein umfangreicher Katalog mit weiterführenden rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Maßnahmen wurde ausgearbeitet.

Klar ist, dass das Budget für die Bundesmuseen aufgestockt werden muss - für eine ausreichende Basisabgeltung, für innovative bildungspolitische Programme, für die Digitalisierung der Sammlungen, für bauliche Investitionen und für den Ankauf von Kunstwerken insbesondere von Gegenwartskunst. Die Sammlung Österreich muss von allen politischen Akteuren und den einzelnen Museen als gemeinsames Anliegen wahrgenommen werden.

Die Zielsetzungen der kulturpolitischen Schritte im Überblick:

Die Teilhabe der Bevölkerung ist zentrales kulturpolitisches Ziel

Die Menschen sollen die Museen als ihre Sammlung verstehen. Die Bundesmuseen verantworten einen wesentlichen Teil des kulturellen Reichtums unseres Landes und seiner gesamten Bevölkerung.

Museen haben sich international zu einem meinungsbildenden gesellschaftspolitischen Faktor entwickelt. Ihr Einfluss geht weit über den Kulturbetrieb hinaus. Er betrifft auch soziale, wirtschaftliche und politische Handlungsfelder. Die Bundesmuseen sind einflussreiche Informations- und Kulturvermittler in einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft. Sie sind Bildungs- und Forschungseinrichtungen.

Museumspolitik muss daher vor allem dafür Sorge tragen, dass alle Voraussetzungen gegeben sind, nachhaltige Beziehungen zu möglichst allen Teilen der Bevölkerung auf- und auszubauen. Besonderes Augenmerk soll dabei auf bisher noch zu wenig oder gar nicht erreichte Gruppen gelegt werden.

Deshalb müssen alle Sammlungen möglichst transparent und präsent sein. Diesbezüglich gilt es seitens des Ministeriums, gemeinsam mit den Bundesmuseen eine Digitalisierungsstrategie zu entwickeln.

Den Museen kommt die zentrale Rolle zu, durch ihre Programme – insbesondere auch auf Basis ihrer Forschungstätigkeit - die Voraussetzungen für differenzierte und qualitätsvolle Angebote zu schaffen. Gefragt sind vor allem auch Programme, die aus Inhalten der Sammlungsbestände Bezüge zu den Themen der Zeit entwickeln.

Die Museen als öffentlicher Ort. Die „Sammlung Österreich“ als Sammlung der gesamten österreichischen Bevölkerung

Die Museumspolitik des 21. Jahrhunderts stellt die möglichst breite Teilhabe der Bevölkerung an den Museen in den Vordergrund.

Es ist geplant, jährlich innovative Projektförderungen seitens des Bundes zur Verfügung zu stellen, die speziell für Vermittlungsprojekte und vor allem für die Partizipation von Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden, die bislang nicht ausreichend angesprochen werden konnten.

Es soll aber insbesondere auch junges Publikum die besten Möglichkeiten erhalten, eine nachhaltige Beziehung zu den Museen und ihren Sammlungen aufzubauen. Deshalb soll für alle Kinder und Jugendlichen bis zum 19. Lebensjahr grundsätzlich Gratis-Eintritt in alle Bundesmuseen gelten.

Diese Maßnahme setzt bei den kommenden Generationen von Museumsbesuchern an und stellt damit einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Beschäftigung der Bevölkerung mit ihrer Sammlung Österreich dar. Die Kosten für diese Maßnahme sollen in der Dotierung der Basisabgeltung berücksichtigt werden.

Die Museen des 21. Jahrhunderts begreifen sich verstärkt als gesellschaftliche Bildungsinstitutionen. Projekte mit Schulen, die Einbindung in die Fort- und Weiterbildung der Lehrer und Lehrerinnen und Angebote für den großen Bereich außerschulischer Bildung werden daher verstärkt gefördert werden. Auch werden sie in die Strategie zum lebensbegleitenden Lernen integriert.

Mehr Raum für Gegenwartskunst schaffen

Die Sammlung Österreich ist nicht nur eine Sammlung vergangener kultureller Großtaten. Es geht um die Erhaltung des kulturellen Erbes, gleichermaßen bauen wir das kulturelle Erbe der Zukunft auf. Ausgehend davon, dass heute die Grundlagen für künftige Generationen geschaffen

werden, muss Gegenwartskunst zentraler Bestandteil des Selbstverständnisses der Sammlungstätigkeit des Bundes sein. Diese Sammlungstätigkeit ist keineswegs auf ein Museum alleine beschränkt. Die Kernaufgabe der jeweiligen Museen gilt es herauszuarbeiten. Auf die Deutungsvielfalt muss geachtet werden.

Beispielhaft sei ein Raumbedarf erwähnt: Auf Grund seiner spezifischen Position und Aufgabenstellung ist es vordringlich, den begrenzten Raum des Museums für moderne Kunst (MUMOK) und damit dessen zukünftigen Aktionsradius zu erweitern.

Für die Investitionen und Ausbauprojekte der Bundesmuseen wurde ein Masterplan mit mehrjährigem Planungshorizont entwickelt.

Die Museen als herausragende wissenschaftliche Forschungseinrichtungen positionieren

Zu den Kernaufgaben der Museen als wissenschaftliche Institutionen zählt die Forschung. Forschung legt die wissenschaftliche Basis für die traditionellen Aufgaben der Museen wie das Sammeln, Bewahren, Erschließen und Vermitteln. Der Aufbau und der Ausbau von Forschung an Museen und die Qualifizierung des dafür notwendigen wissenschaftlichen Personals sind eine vordringliche Aufgabe.

Forschung an Museen sowie nationale und internationale Forschungsk Kooperationen tragen zur Qualitätssicherung und Qualitätssteigerung der Museen bei und unterstützen die Legitimierung ihrer Arbeit nach außen. Eine Forschungsagenda soll in enger Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsministerium und den Universitäten erarbeitet werden.

Das Wissenschaftsministerium hat hier eine erfreuliche Initiative gesetzt und ein mehrjähriges Förderprogramm für Forschung an Museen ausgeschrieben, - forMuse - das wissenschaftliche Forschung in Zusammenhang mit Sammlungs- und Ausstellungstätigkeiten wie auch wissenschaftliche Nachwuchsförderung zum Inhalt hat.

Das Projekt der Neukonfiguration des Museums für angewandte Kunst und der Universität für angewandte Kunst ist eine, internationale Trends antizipierende Initiative, die seitens des Kulturministeriums durch die Beauftragung einer Feasibility Studie unterstützt wird.

Schwerpunkte setzen, Klarheit schaffen, Kooperation ausbauen

Wir wollen klare Verantwortung schaffen auf der Ebene der Museen, der Kuratorien und des Bundes und über die Beziehungsstrukturen bzw. Rollenverteilungen („Governance“). Zentraler Ansatz der museumspolitischen Zielsetzungen ist ein Bekenntnis zur Stärkung der Profile der einzelnen Häuser und eine klare Schwerpunktsetzung in ihrer Arbeit. Dabei gilt es über den Verantwortungsbereich des jeweiligen Museums hinaus immer die Gesamtheit der Bundesmuseen mitzudenken. Sammlungs- und Ausstellungspolitik wird aufbauend auf den jeweiligen Kernbeständen zwischen den Kunstmuseen laufend abgestimmt.

Aus den Diskussionen im Rahmen der museumspolitischen Initiative hat sich eindeutig ergeben, dass die bestehenden Instrumente und Entscheidungsebenen, richtig genutzt, den Herausforderungen der Museen angemessen sind. Einer Museumsholding ist daher eine klare Absage zu erteilen. Es ist zweckmäßiger, die dafür erforderlichen Energien und Ressourcen der Optimierung der Arbeitsbasis zwischen dem Ministerium und den Museen zukommen zu lassen. So wird es regelmäßige Arbeitssitzungen mit dem Ministerium geben. Auch gilt es die Position der Kuratorien zu stärken und diese in die Kommunikationsprozesse zu integrieren.

Ein erster Erfolg der museumspolitischen Initiative ist die Einführung einer regelmäßigen Direktorenkonferenz für mehr Dialog und zur Lösung von Abstimmungsfragen zwischen den Museen. Diese wird durch eine Konferenz der kaufmännischen Geschäftsführer ergänzt.

Ein entscheidendes Instrument zur Verbesserung der Arbeitsprozesse ist die Überarbeitung der Museumsordnungen in Hinblick auf einheitliche Rahmenbedingungen und eine klarere Aufgabenaufteilung zwischen den Museen. Diese soll bis Jahresende 2008 erfolgen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben eindeutig gezeigt, dass inhaltliche Schwerpunktsetzungen notwendig sind. Die Museumsordnungen werden daher besser aufeinander abgestimmt.

Darauf aufbauend werden im Frühjahr 2009 Rahmenzielvereinbarungen basierend auf den Vorhabensberichten abgeschlossen. Sie sind der Leitfaden der einzelnen Museen für die nächsten Jahre und bilden das tragfähige Fundament für eine Bundesmuseenlandschaft des 21. Jahrhunderts.